

AMTSBLATT DES MARKTES ECKENTAL



Nr. 06/2011

Eckental, 25. Mai 2011

INHALT Seite

BEKANNTMACHUNG

über den Vollzug des Bayerischen Landesstraf- und Verordnungsgesetzes (LStVG);
Erlass einer Allgemeinverfügung für das Feuerwehrfest zum 125-jährigem Jubiläum der Feuerwehr Frohnhof vom 27.05.11 bis 29.05.2011

1 - 4

BEKANNTMACHUNG

über den Vollzug des Bayerischen Landesstraf- und Verordnungsgesetzes (LStVG);
Erlass einer Allgemeinverfügung für die Kirchweih im Ortsteil Eckenheid vom 02.06.2011 bis 06.06.2011

5 - 7

BEKANNTMACHUNG

über den Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes Eschenau-Nord Nr. 31 „An der alten Sekutrasse“

8 - 9

BEKANNTMACHUNG

über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB; Bebauungsplan Eschenau-Nord Nr. 31 „An der alten Sekutrasse“

10

BEKANNTMACHUNG

über den Vollzug des Bayerischen Landesstraf- und Verordnungsgesetzes (LStVG);
Erlass einer Allgemeinverfügung für das Feuerwehrfest zum 125-jährigem Jubiläum der Feuerwehr Frohnhof vom 27.05.11 bis 29.05.2011

Der Markt Eckental erlässt folgende

Allgemeinverfügung

- I. Im Ortsteil Frohnhof gelten während dem Feuerwehrfest zum 125-jährigen Jubiläum der Feuerwehr Frohnhof vom 27.05.2011 bis 29.05.2011 vor, während und nach den Öffnungszeiten auf den im beiliegenden Plan eingezeichneten öffentlichen Flächen im Bereich des Festgeländes und deren Umfeld, einschließlich aller frei zugänglichen Flächen und Wege, folgende Anordnungen:
 1. Alkoholische Getränke dürfen nicht mitgebracht oder außerhalb der genehmigten Schankflächen auf dem Festplatz mitgeführt werden.
 2. Personen, die gegen das Mitbring- bzw. Mitführverbot verstoßen oder erkennbar unter Alkohol- oder Drogeneinfluss stehen und die Besucher oder Passanten mehr als nach den Umständen vermeidbar behindern oder belästigen, kann der Aufenthalt untersagt werden.
- II. Für den Fall der Zuwiderhandlungen gegen Nr. I der Allgemeinverfügung wird unmittelbarer Zwang angedroht.
- III. Für die Allgemeinverfügung wird nach § 80 Abs. 2 Nr. 4 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) die sofortige Vollziehung der Nr. I angedroht.

IV. Diese Verfügung richtet sich als Allgemeinverfügung gemäß Art. 35 Satz 2 Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz an jedermann, der sich vom 27.05.2011 bis 29.05.2011 vor, während und nach den Öffnungszeiten des Feuerwehrfestes im auf dem beiliegenden Plan ersichtlichen Bereich aufhalten möchte.

Sie wird gemäß Art. 41 Abs. 4 Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz im verfügenden Teil ortsüblich bekannt gemacht und kann mit der Begründung im Rathaus des Marktes Eckental, Ordnungsamt, Zi. Nr. E.05 von jedermann während der allgemeinen Öffnungszeiten eingesehen werden.

Sie gilt am 25. Mai 2011 als amtlich bekannt gemacht und wird mit der 6. Ausgabe des Amtsblattes des Marktes Eckental veröffentlicht.

Gründe:

I.

Die örtliche und sachliche Zuständigkeit des Marktes Eckental zum Erlass dieser Allgemeinverfügung ergibt sich aus Art. 3 Abs. 1 Nr. 1 Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetzes und Art. 23 Landesstraf- und Verordnungsgesetzes.

Die Allgemeinverfügung beruht auf Art. 23 Abs. 1 LStVG. Danach können Gemeinden zur Verhütung von Gefahren für Leben, Gesundheit, Eigentum und Besitz für Ansammlungen einer größeren Anzahl von Menschen Anordnungen für den Einzelfall erlassen. Dies trifft auch für diese Jubiläumsveranstaltung der Freiwilligen Feuerwehr Frohnhof zu.

Es wurde festgestellt, dass oftmals insbesondere Jugendliche Alkohol auf das Festgelände und in die angrenzenden Bereiche mitbrachten oder mitführten und sich dort niederließen. Dieses Verhalten führte bereits bei zurückliegenden Veranstaltungen wiederholt zu erheblichen Problemen und Störungen. Sachbeschädigungen und Verunreinigungen auf dem Festgelände sowie den Zufahrtsstraßen waren die Folge.

Aufgrund dieser Erfahrungen und Entwicklungen ist zu befürchten, dass sich die Störungen auf den Kirchweihen und Festen auch dieses Jahr einstellen oder verstärken. Zur Vermeidung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und zum Eigenschutz der Jugendlichen während des Feuerwehrfestes ist es erforderlich geeignete Maßnahmen zu treffen. Das Verbot des Mitbringens und Mitführens von Alkohol ist dafür geeignet den Aufenthalt von alkoholisierten Personen auf dem Feuerwehrfest und in den angrenzten Bereichen

und den Konsum von mitgebrachtem Alkohol zu unterbinden sowie den Alkoholkonsum auf den

kontrollierbaren Bereich der genehmigten Schankflächen zu begrenzen.

Darüber hinaus ist es zweckmäßig und erforderlich Personen, die bereits alkoholisiert sind bzw. unter dem Einfluss von Drogen stehen und Besucher oder Passanten mehr als nach den Umständen vermeidbar behindern oder belästigen, aus dem Bereich des Feuerwehrfestes zu verweisen.

Die Anordnungen sind geeignet und erforderlich, da nur hierdurch vermieden werden kann, dass erneut Körperverletzungen und Sachbeschädigungen in den Ausmaßen der vergangenen Jahre verübt werden. Das öffentliche Interesse, Gesundheitsgefährdungen und Sachschäden zu verhindern, überwiegt das Interesse der betroffenen Personen möglichst günstig alkoholische Getränke zu sich zu nehmen und/oder das im Plan bezeichnete Gebiet unter Alkohol- oder Drogeneinfluss zu betreten oder sich dort aufzuhalten. Durch die getroffenen Verfügungen werden die Sicherheit der Festbesucher und ein geordneter Ablauf der Veranstaltung gewährleistet. Die Platzverweisung stellt zwar einen wesentlichen Eingriff in die Freizügigkeit dar, ist aber zum Schutz der übrigen Besucher der Veranstaltung erforderlich und verhältnismäßig.

II.

Die Androhung unmittelbaren Zwangs beruht auf Art. 29 und 34 des Bayer. Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetzes (VwZVG). Andere mildere Zwangsmittel wie Zwangsgeld würden nicht den erhofften Erfolg versprechen. Die Anwendung unmittelbaren Zwangs ist das einzige taugliche und auch angemessene Mittel, um den Zweck der Allgemeinverfügung durchsetzen zu können. Dieser liegt in der Unversehrtheit der Festbesucher sowie in der Unterbindung von Sachschäden durch mutwillige Zerstörung.

III.

Die Androhung des Sofortvollzugs unter Nr. III. der Allgemeinverfügung beruht auf § 80 Abs. 2 Nr. 4 Verwaltungsgerichtsordnung und ist im öffentlichen Interesse geboten, da der Schutz der Festbesucher bei einer aufschiebenden Wirkung eines Rechtsbehelfes gefährdet wäre. Angesichts der Erfahrung benachbarter Kirchweihen und Festveranstaltungen in den umliegenden Ortschaften ist auch während des Feuerwehrfestes mit Störungen durch zumeist noch jugendliche Alkoholisierte zu rechnen. Die hierdurch drohende Gefahr von Verletzungen Unbeteiligter oder die Zerstörung fremden Eigentums lässt ein Zuwarten bis zur Entscheidung über einen möglichen Rechtsbehelf nicht zu.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats** nach seiner Bekanntgabe Klage beim **Bayerischen Verwaltungsgericht Ansbach, Promenade 24, 91522 Ansbach** schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Markt Eckental) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Rechtsbehelfe gegen diesen Bescheid haben wegen der Anordnung der sofortigen Vollziehung keine aufschiebende Wirkung. Beim Markt Eckental oder beim Landratsamt Erlangen-Höchstadt kann die Aussetzung der Vollziehung und beim Bayer. Verwaltungsgericht Ansbach die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der Klage beantragt werden.

Eckental, 23.05.2011

MARKT ECKENTAL

gez.

Glässer

1. Bürgermeister

**BEKANNTMACHUNG
über den Vollzug des Bayerischen Landesstraf-
und Verordnungsgesetzes (LStVG);
Erlass einer Allgemeinverfügung für die Kirch-
weih im Ortsteil Eckenhaid vom 02.06.2011 bis
06.06.2011**

Der **Markt Eckental** erlässt folgende

Allgemeinverfügung

- I. Auf der Kirchweih im Ortsteil Eckenhaid gelten vom 02.06.2011 bis 06.06.2011 vor, während und nach den Öffnungszeiten auf den im beiliegenden Plan eingezeichneten öffentlichen Flächen im Bereich des Festgeländes und deren Umfeld, einschließlich aller frei zugänglichen Flächen und Wege, folgende Anordnungen:
 1. Alkoholische Getränke dürfen nicht mitgebracht oder außerhalb der genehmigten Schankflächen auf dem Festplatz mitgeführt werden.
 2. Personen, die gegen das Mitbring- bzw. Mitführverbot verstoßen oder erkennbar unter Alkohol- oder Drogeneinfluss stehen und die Besucher oder Passanten mehr als nach den Umständen vermeidbar behindern oder belästigen, kann der Aufenthalt untersagt werden.
- II. Ausgenommen von der Regelung nach Nr. I ist das Einholen und Aufstellen des Kirchweihbaumes sowie das Austanzen.
- III. Für den Fall der Zuwiderhandlungen gegen Nr. I der Allgemeinverfügung wird unmittelbarer Zwang angedroht.
- IV. Für die Allgemeinverfügung wird nach § 80 Abs. 2 Nr. 4 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) die sofortige Vollziehung der Nr. I angedroht.
- V. Diese Verfügung richtet sich als Allgemeinverfügung gemäß Art. 35 Satz 2 Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz an jedermann, der sich vom 02.06.2011 bis 06.06.2011 vor, während und nach den Öffnungszeiten der Eckenhaider Kirchweih 2011 im auf dem beiliegenden Plan ersichtlichen Bereich aufhalten möchte.

Sie wird gemäß Art. 41 Abs. 4 Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz im verfügbaren Teil ortsüblich bekannt gemacht und kann mit der Begründung im Rathaus des Marktes Eckental, Ordnungsamt, Zi. Nr. E.05 von jedermann während der allgemeinen Öffnungszeiten eingesehen werden.

Sie gilt am 25. Mai. 2011 als amtlich bekannt gemacht und wird mit der 6. Ausgabe des Amtsblattes des Marktes Eckental veröffentlicht.

Gründe:

I.

Die örtliche und sachliche Zuständigkeit des Marktes Eckental zum Erlass dieser Allgemeinverfügung ergibt sich aus Art. 3 Abs. 1 Nr. 1 Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz und Art. 23 Landesstraf- und Verordnungsgesetzes.

Die Allgemeinverfügung beruht auf Art. 23 Abs. 1 LStVG. Danach können Gemeinden zur Verhütung von Gefahren für Leben, Gesundheit, Eigentum und Besitz für Ansammlungen einer größeren Anzahl von Menschen Anordnungen für den Einzelfall erlassen. Dies trifft auch für Kirchweihen zu.

Es wurde festgestellt, dass oftmals insbesondere Jugendliche Alkohol auf das Kirchweihgelände und in die angrenzenden Bereiche mitbrachten oder mitführten und sich dort niederließen. Dieses Verhalten hat auch auf anderen Kirchweihen in letzter Zeit wiederholt zu erheblichen Problemen und Störungen geführt. Sachbeschädigungen und Verunreinigungen auf dem Kirchweihgelände sowie den Zufahrtsstraßen waren die Folge.

Aufgrund dieser Erfahrungen und Entwicklungen ist zu befürchten, dass sich die Störungen auf den Eckentaler Kirchweihen und Festen auch dieses Jahr einstellen oder verstärken. Zur Vermeidung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und zum Eigenschutz der Jugendlichen während der Eckenhaider Kirchweih ist es erforderlich geeignete Maßnahmen zu treffen. Das Verbot des Mitbringens und Mitführens von Alkohol ist geeignet den Aufenthalt von alkoholisierten Personen auf der Kirchweih und in den angrenzenden Bereichen und den Konsum von mitgebrachtem Alkohol zu unterbinden sowie den Alkoholkonsum auf den kontrollierbaren Bereich der genehmigten Schankflächen zu begrenzen.

Darüber hinaus ist es zweckmäßig und erforderlich Personen, die bereits alkoholisiert sind bzw. unter dem Einfluss von Drogen stehen und Besucher oder Passanten mehr als nach den Umständen vermeidbar behindern oder belästigen, aus dem Bereich der Kirchweih zu verweisen.

Die Anordnungen sind geeignet und erforderlich, da nur hierdurch vermieden werden kann, dass erneut Körperverletzungen und Sachbeschädigungen in den Ausmaßen der vergangenen Jahre verübt werden. Das öffentliche Interesse, Gesundheitsgefähr-

dungen und Sachschäden zu verhindern, überwiegt das Interesse der betroffenen Personen möglichst günstig alkoholische Getränke zu sich zu nehmen und/oder das im Plan bezeichnete Gebiet unter Alkohol- oder Drogeneinfluss zu betreten oder sich dort aufzuhalten. Durch die getroffenen Verfügungen werden die Sicherheit der Kirchweihbesucher und ein geordneter Ablauf der Eckenhaider Kirchweih gewährleistet. Die Platzverweisung stellt zwar einen wesentlichen Eingriff in die Freizügigkeit dar, ist aber zum Schutz der übrigen Besucher der Kirchweih erforderlich und verhältnismäßig.

II.

Die Androhung unmittelbaren Zwangs beruht auf Art. 29 und 34 des Bayer. Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetzes (VwZVG). Andere mildere Zwangsmittel wie Zwangsgeld würden nicht den erhofften Erfolg versprechen. Die Anwendung unmittelbaren Zwangs ist das einzige taugliche und auch angemessene Mittel, um den Zweck der Allgemeinverfügung durchsetzen zu können. Dieser liegt in der Unversehrtheit der Kirchweihbesucher sowie in der Unterbindung von Sachschäden durch mutwillige Zerstörung.

III.

Die Androhung des Sofortvollzugs unter Nr. III. der Allgemeinverfügung beruht auf § 80 Abs. 2 Nr. 4 Verwaltungsgerichtsordnung und ist im öffentlichen Interesse geboten, da der Schutz der Kirchweihbesucher bei einer aufschiebenden Wirkung eines Rechtsbehelfes gefährdet wäre. Angesichts der Erfahrung benachbarter Kirchweihen und Festveranstaltungen in den umliegenden Ortschaften ist auch während der Kirchweih mit Störungen durch zumeist noch jugendliche Alkoholisierte zu rechnen. Die hierdurch drohende Gefahr von Verletzungen Unbeteiligter oder die Zerstörung fremden Eigentums lässt ein Zuwarten bis zur Entscheidung über einen möglichen Rechtsbehelf nicht zu.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats** nach seiner Bekanntgabe Klage beim **Bayerischen Verwaltungsgericht Ansbach, Promenade 24, 91522 Ansbach** schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Markt Eckental) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsät-

zen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Rechtsbehelfe gegen diesen Bescheid haben wegen der Anordnung der sofortigen Vollziehung keine aufschiebende Wirkung. Beim Markt Eckental oder beim Landratsamt Erlangen-Höchstadt kann die Aussetzung der Vollziehung und beim Bayer. Verwaltungsgericht Ansbach die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der Klage beantragt werden.

Eckental, 23.05.2011

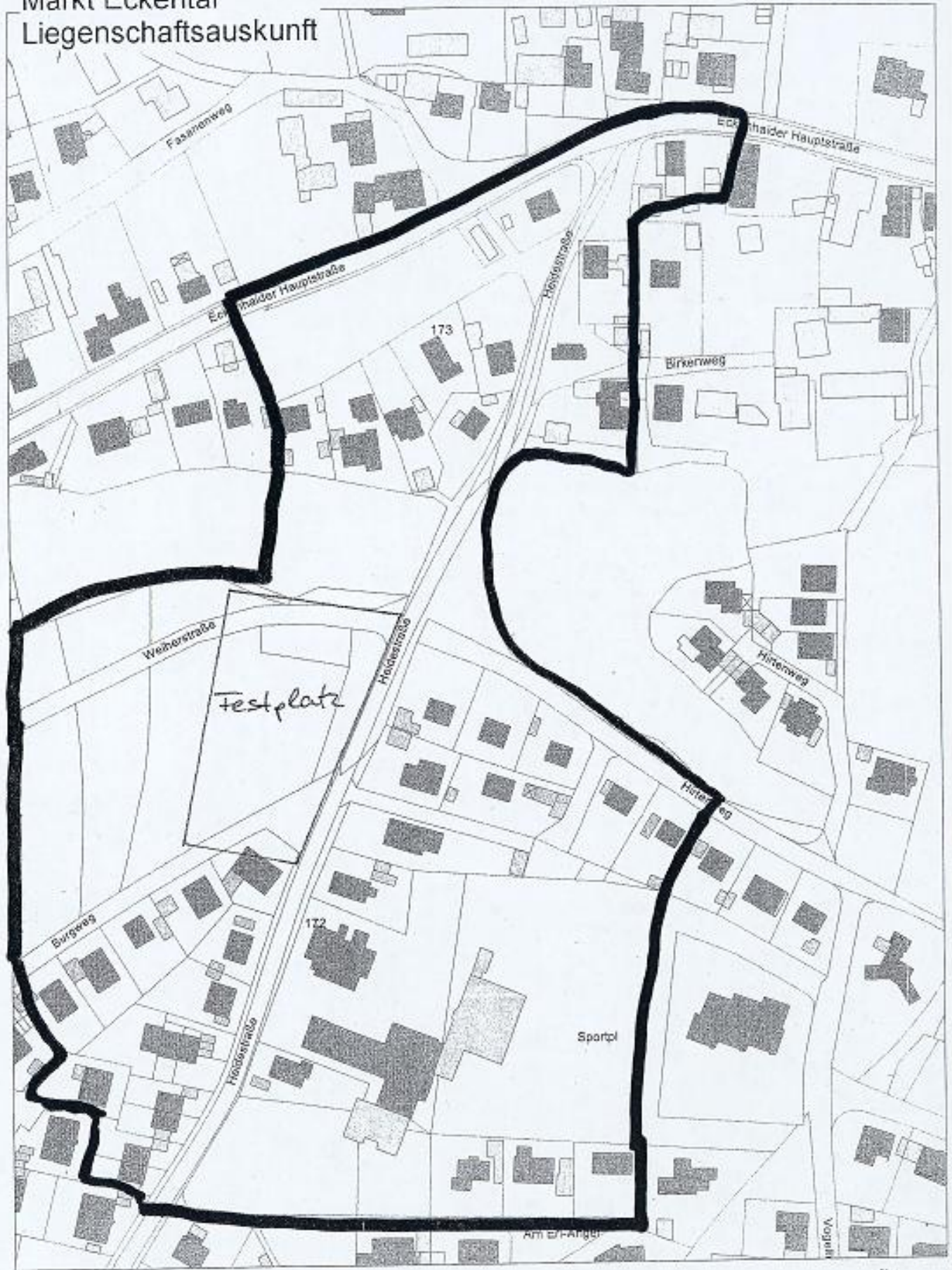
MARKT ECKENTAL

gez.

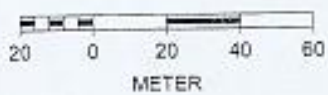
Glässer

1. Bürgermeister

Markt Eckental Liegenschaftsauskunft



MASSTAB 1 : 2.000



**BEKANNTMACHUNG
über den Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes Eschenau-Nord Nr. 31 „An der alten Sekutrasse“**

Der Marktgemeinderat des Marktes Eckental hat am 24.05.2011 gem. § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen, den qualifizierten Bebauungsplan Eschenau-Nord Nr. 31 „An der alten Sekutrasse“ aufzustellen.

Das Plangebiet umfasst die Grundstücke Fl.-Nrn. 937, 938, 939 und 941 jeweils Gemarkung Eschenau.

Das Plangebiet wird wie folgt umgrenzt:

Im Norden: durch den Anliegerweg Fl.Nr. 941/2 Gem. Eschenau

Im Osten: durch die Brühlstraße Fl.Nr. 934/5 und 939/1 Gem. Eschenau, sowie der alten Sekutrasse Fl.Nr. 925/3 Gem. Eschenau

Im Süden: durch die vorhandene Wohnbebauung in der Brühlstraße, Fl.Nr. 935/4, 935/5, 935/7, 935/0, 935/1, 936/0, 936/1 jeweils Gem. Eschenau

Im Westen: durch die Grundstücke Fl.Nrn. 947, 946, 944, 943, 942 Gem. Eschenau

Planungsziel ist die derzeitige landwirtschaftliche Nutzung aufzugeben und das Bebauungsareal in Übereinstimmung mit den Festsetzungen des Flächennutzungsplanes einer Wohnbebauung zuzuführen.

Hinweis:

Das Plangebiet ist im Kartenausschnitt der Anlage zu dieser Bekanntmachung dargestellt.

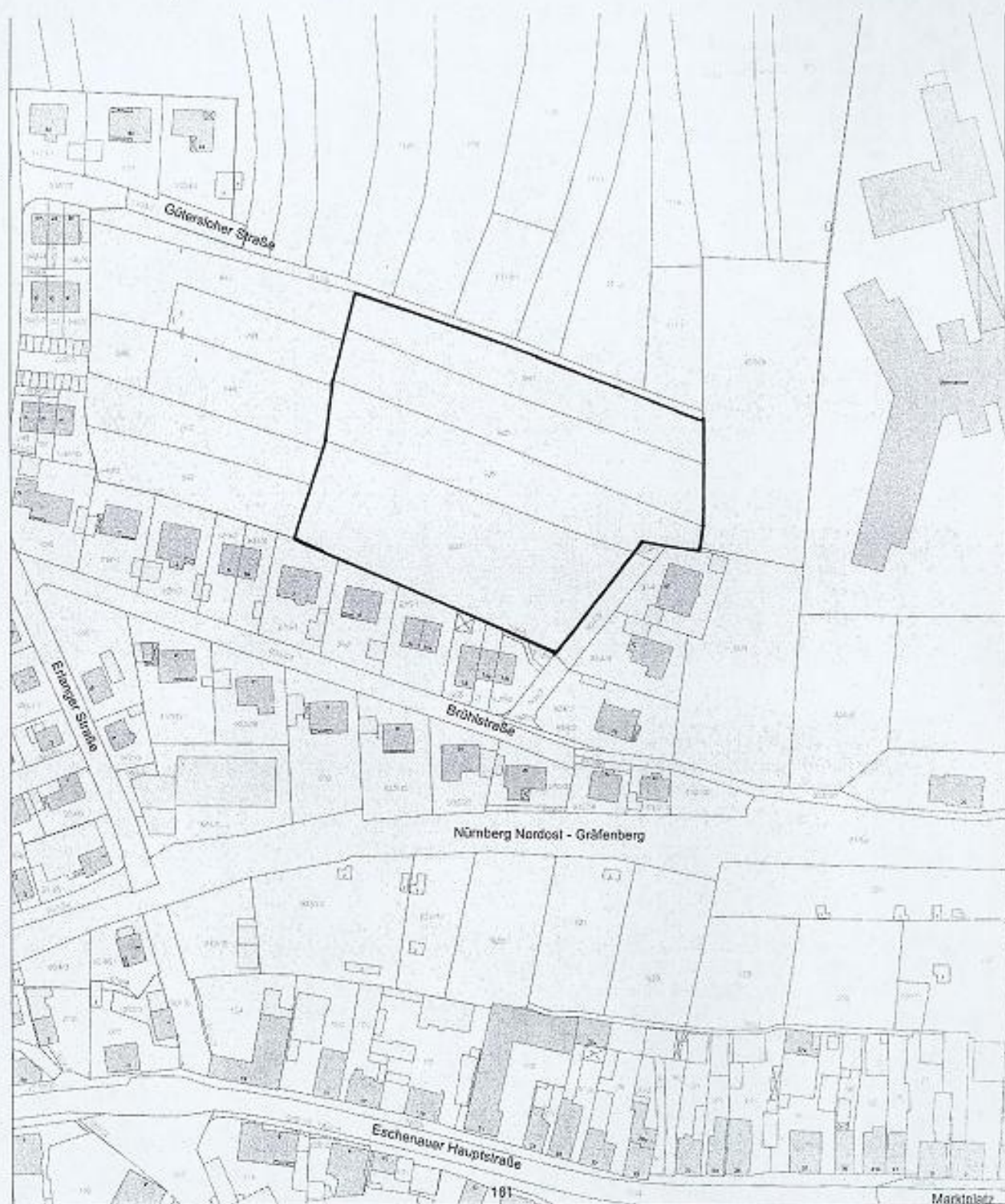
Eckental, 25.05.2011

MARKT ECKENTAL
gez.

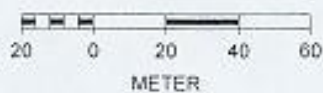
Glässer
1. Bürgermeister

Geltungsbereich

Baugebiet Eschenau-Nord Nr. 31 „An der alten Sekutrasse“



MASSTAB 1 : 2.000



**BEKANNTMACHUNG
über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB;
Bebauungsplan Eschenau-Nord Nr. 31 „An der alten Sekutrasse“**

Der Marktgemeinderat des Marktes Eckental hat am 24.05.2011 gem. § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen, den qualifizierten Bebauungsplan

Eschenau-Nord Nr. 31 „An der alten Sekutrasse“

aufzustellen.

Das Plangebiet umfasst die Grundstücke Fl.-Nrn. 937, 938, 939, 941 jeweils Gemarkung Eschenau.

Das Plangebiet wird wie folgt umgrenzt:

- Im Norden: durch den Anliegerweg Fl.Nr. 941/2 Gem. Eschenau
- Im Osten: durch die Brühlstraße Fl.Nr. 934/5 und 939/1 Gem. Eschenau, sowie der alten Sekutrasse Fl.Nr. 925/3 Gem. Eschenau
- Im Süden: durch die vorhandene Wohnbebauung in der Brühlstraße, Fl.Nr. 935/4, 935/5, 935/7, 935/0, 935/1, 936/0, 936/1 jeweils Gem. Eschenau
- Im Westen: durch die Grundstücke Fl.Nrn. 947, 946, 944, 943, 942 Gem. Eschenau

Für das Gebiet wird der qualifizierte Bebauungsplan Eschenau-Nord Nr. 31 „An der alten Sekutrasse“ aufgestellt. Als Art der baulichen Nutzung ist ein allgemeines Wohngebiet im Sinne von § 4 BauNVO ausgewiesen.

Die Planung kann in der Zeit vom

01.06.2011 bis 01.07.2011

im Rathaus des Marktes Eckental, Rathausplatz 1, 90542 Eckental, Bauamt, Zimmer U.06, während der allgemeinen Öffnungszeiten (Montag bis Freitag: 8:00 – 12:00 Uhr und zusätzlich Dienstag: 14:00 – 18:00 Uhr) eingesehen und Äußerungen vorgebracht werden.

Eckental, 25.05.2011

MARKT ECKENTAL

gez.

Glässer
1. Bürgermeister